

„FÜR GROSSE REFORMEN IST EINE UTOPIE NOTIG“

Stellungnahmen zur SPIEGEL-Serie über die deutschen Hochschulen

Die SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen („Mit dem Latein am Ende“) hat bei Politikern, Professoren, Assistenten und Studenten vielstimmiges Echo ausgelöst – Zustimmung („Der SPIEGEL hat sich um das deutsche Bildungswesen verdient gemacht“, so der Vorsitzende der Bundes-Assistenten-Konferenz, der Bochumer

Anglist Dr. Tilman Westphalen) ebenso wie Widerspruch („Nicht am Ende des Lateins“, so der baden-württembergische Kultusminister Professor Wilhelm Hahn). Eine Reihe von Bildungsfachleuten nimmt die Hochschul-Serie zum Anlaß, eigene Reformvorstellungen darzulegen; der SPIEGEL druckt eine Auswahl der Stellungnahmen ab:

„Ratlos in der Zirkuskuppel“

Von Hildegard Hamm-Brücher

Die FDP-Politikerin Dr. Hildegard Hamm-Brücher, 48, wurde als Staatssekretärin in das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft berufen. Seit 1967 hatte sie das gleiche Amt im hessischen Kultusministerium inne.

Mit dem Latein am Ende“ — der Zufall hat es gefügt, daß die hochschulpolitische Schock-Serie mit dem doppelsinnigen Titel zur gleichen Zeit zu Ende ging wie die zwanzigjährige Ära des „Keine Experimente“-Wollens, die sich in dem schier endlosen Mängelkatalog der Serie noch einmal drastisch widerspiegelte. Bildungspolitisch sind wir in einer beinahe ausweglosen Sackgasse angelangt, und mit unserer Schul- und Hochschulplanung hängen wir — wie der Klugesche Artist — ratlos in der Zirkuskuppel, total ratlos.

In anderen Industriestaaten des Westens und Ostens hat sich die bildungspolitische Entwicklung genau umgekehrt vollzogen wie in der Bundesrepublik: Zuerst wurden die großen Reformen konzipiert und initiiert, und dann folgte die vorausgesehene Explosion der Schüler- und Studentenzahlen — auch nicht reibungslos, aber sie vollzog sich gewollt und wurde im Zuge der Reform verkräftet. In der Bundesrepublik

hingegen lief die Entwicklung ungewollt, widerstrebend und ohne konkrete Vorstellungen: überall Ausbau ohne Reform.

Als Zugeständnis an das „Bürgerrecht auf Bildung“ hat man während der sechziger Jahre zwar mehr Schüler in



Hildegard Hamm-Brücher

weiterführende Schulen und mehr Studenten auf Hochschulen gebracht, ohne aber diese Bildungseinrichtungen gründlich von den sorgfältig konservierten Eierschalen des 19. Jahrhunderts zu befreien. So erwiesen sie sich, in ihrem traditionellen Selbstverständnis unerschütterter, weder dem quantitativen Ansturm noch den qualitativen Veränderungen gewachsen: Sie bilden auch heute noch — nach dem Ideal, für das sie im 19. Jahrhundert angetreten sind — für eine Welt und



SPIEGEL-Titel 26/1969
„Zwanzig Jahre Rückzugsgefechte“

für eine Gesellschaft, die es gegenwärtig schon nicht mehr gibt und die es morgen erst recht nicht mehr geben wird. Ein beängstigend fruchtbarer Nährboden für rebellierende Schüler und Studenten.

Niemand sollte so naiv — oder so großenwahnsinnig — sein, sich oder anderen vom „Machtwechsel“ in Bonn postwendend Wunder zu versprechen. Zwanzig Jahre grundsätzlicher Versäumnisse lassen sich nicht in vier Jahren aufholen und wiedergutmachen, und zwanzig Jahre Rückzugsgefechte um die schulpolitischen Bastionen des Obrigkeitsstaates haben wenig Zeit und Kraft für einen neuen Entwurf gelassen.

Zwei Dinge sind darum hier und heute vordringlich: einmal die vorhandenen konkreten Reformansätze in Richtung Gesamtschule und Gesamthochschule systematisch zu fördern und zum anderen klare, effektivere Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern zu vereinbaren. Man könnte etwa diskutieren, ob die Verantwortlichkeiten künftig etwa so verteilt werden:

- ▷ Der Bund übernimmt die Verantwortung für den gesamten Hochschulbereich einschließlich der Fachhochschulen, von der Planung über die Reformgesetzgebung bis zur Finanzierung,
- ▷ der Wissenschaftsrat dient in seiner bisherigen Zusammensetzung als Planungsinstrument des Bundes,

- ▷ die Länder behalten die Zuständigkeit für das gesamte Schulwesen, wobei
- ▷ die Kultusminister-Konferenz neben ihren bisherigen mehr oder weniger verbindlichen Vereinbarungs-Funktionen — im Vollzug der neuen Grundgesetz-Paragrafen 91a und b (Bildungsplanung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern) — durch Bundesvertreter erweitert wird und alsbald für den gesamten Schulbereich eine verbindliche Planungs- und Koordinierungskompetenz erhält,
- ▷ die Gutachter-Tätigkeit des Deutschen Bildungsrates wird in Ad-hoc-Kommissionen — nach Art der „Royal Commissions“ — mit konkreten Fragestellungen und in wechselnder personeller Zusammensetzung fortgesetzt.

Eine Kompetenz-Verteilung dieser Art, wie sie hier thesenhaft angedeutet wird, könnte dem Bund geben, was als Folge der Sachzwänge des Bundes sein muß, und ließe den Ländern, was sie finanziell und organisatorisch verkraften können. Da es nicht möglich ist, unsere Schulen und Hochschulen wegen „überfälliger Renovierung“ eine Zeitlang zu schließen, müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß die konfliktgeladene Übergangszeit mindestens ein Jahrzehnt dauert — ein Jahrzehnt, dem das Alte immer weniger genügt, dem das Neue niemals ausreichend erscheint. Das ist gewiß kein bequemer Weg — einen bequemerem aber sehe ich nicht.

„Aufstieg ohne Liebedienerei“

Von Tilman Westphalen

Der Bochumer Anglist Dr. Tilman Westphalen, 34, ist Vorsitzender der Bundes-Assistenten-Konferenz (BAK). Die BAK vertritt 30 000 junge Hochschulwissenschaftler.

Der SPIEGEL hat den Kollaps des altersschwachen deutschen Hochschulsystems in sechzehn Folgen erbarmungslos diagnostiziert. Er hat sich um das deutsche Bildungswesen verdient gemacht. In der letzten Folge plädierte der SPIEGEL für das Gesamtschul-Gesamthochschul-System. Diesem Konzept stimmt die Bundes-Assistenten-Konferenz (BAK) weitgehend zu.

Die jungen Wissenschaftler in der Bundes-Assistenten-Konferenz bilden ein formidables Potential für die Hochschul- und Bildungsreform, wenn sie sich ihrer Solidarität und ihrer

Leistungsfähigkeit noch bewußter werden, als sie es im Augenblick sind. Wir haben in unseren Reihen alle Experten, die wir brauchen, um überzeugende Modelle für die „Innere Zukunftssicherung“ (Brandt) durch progressive Bildungs- und Forschungspolitik vorzulegen. Die Bedingungen der konstruktiven Mitarbeit in dieser Gesellschaft hat die BAK in ihrem Kreuznacher Hochschulkonzept genannt:

„Rationales Denken kann nicht bei der Ausbeutung der Natur und der Verwaltung der sozialen Organisation enden; es ist vielmehr gerichtet auf die Verwirklichung der Freiheit des einzelnen, auf die Vermehrung von Gerechtigkeit und Glück, auf die Vermeidung von Leid und den Abbau von Herrschaft von Menschen über Menschen, auf die demokratische Gestaltung aller Bereiche der Gesellschaft und den Ausgleich der Konflikte in einer internationalen Friedensordnung.

Eine derart praktische geworden Vernunft begreift in der Beschreibung und Erklärung dessen, was ist, auch die Erkenntnis dessen, was sein soll, als ihre Aufgabe.“

Soziale Demokratie und reale Emanzipation — ja; Technokratie und ökonomische Verwertung von Wissenschaft als Selbstzweck — nein.

Wir haben alle Chancen, daß immer mehr von unseren jungen Leuten in wichtige Positionen einziehen, in Massenmedien, Parteien, Gewerkschaften, Ministerien und Planungsgremien — erst dann kann die Realisierung unserer Ziele vollends gelingen. Wir setzen also auf die Evolution und hoffen sehr, daß wir auf diesem Weg bleiben können.

Wir werden mit dem Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF), mit den Studentenverbänden, mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), kurz mit allen, die unsere Ziele fördern können und wollen, eng zusammenarbeiten, und wir werden Aktionen, auch gemeinsame, nicht scheuen, wo sie unvermeidlich sind.

Wir haben den Skandal des Numerus clausus angeprangert, und wir werden nachweisen, wer die Schuld trägt. Wir werden uns nicht mehr für falsche Ziele und Fehlplanungen anderer mißbrauchen lassen. Wir sind entschlossen, die Bundesrepublik auf dem Sektor der Bildungs- und Forschungspolitik zu verändern.

Unser Hebel muß die Auflösung der bisherigen Hierarchien sein. Erst dann ist der Weg frei für ein „demokratisches Bildungswesen“ (SPD), für die Schaffung eines Gesamtschul-Gesamthochschul-Systems, für die Verwirklichung gleicher Bildungschancen, für die Schaffung ausreichender Studienplätze und menschenwürdiger

Studienbedingungen, für die inhaltliche und methodische Erneuerung aller Studiengänge, für die Abschaffung von Prüfungsangst und Prüfungsdruck, für die Bereitschaft des Volkes zur notwendigen Umverteilung von Haushaltsmitteln für die Aufgaben von Bildung und Forschung.

Wir haben nicht viel Zeit. Denn 1976 soll die im März 1968 gegründete BAK aufgelöst werden. So steht es in der Satzung. Bis dahin wollen die mehr als 30 000 Wissenschaftler in der BAK (Wissenschaftliche Assistenten, Wissenschaftliche Angestellte und Beamte, Studienräte im Hochschuldienst, Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Hochschulabschluß an 52 wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik) alle Reformziele, die ihren Status und ihren Stand betreffen, gelöst haben. Vordringlich: die Abschaffung aller Wissenschaftlichen Assistenten und ihr Ersatz durch Assistenz-Professoren (voll gleichberechtigte Hochschullehrer), Wissenschaftler an Hochschulen (Forscher ohne Lehrpflicht) und Graduierte (Stipendiaten an der Forschungsfront).

Die unwürdige Abhängigkeit der heutigen Assistenten wird beseitigt, der ständige Mißbrauch zu nutzloser Hilfs- und Verwaltungsarbeit verhindert. Der Aufstieg zum Hochschullehrer oder Wissenschaftler an Hochschulen ohne Liebedienerei und Rückgratverkrümmung, allein durch eigenverantwortliche Bewährung, wird dem feudalistischen Ordinariatsstaat die Knappen und Leibeigenen beziehungsweise der ständischen Ordinariatszunft die Lehrlinge und Gesellen entziehen und diese Feudalsysteme, die sich als Anachronismus bis ins 20. Jahrhundert gerettet haben, vollends zum Einsturz bringen.

„Die Politik braucht die Wissenschaft“

Von Albert Osswald

Albert Osswald, 50, ist seit dem 3. Oktober Ministerpräsident des Landes Hessen. In seiner Regierungserklärung kündigte Osswald einen hessischen Gesamthochschulplan an.

Der SPIEGEL hat in seiner Hochschul-Serie die Forschungsfinanzierung im Hochschulbereich kritisch durchleuchtet. Dazu einige Anmerkungen: Die Universitäten sind — nach Fassung und Hochschulgesetz — in Forschung und Lehre frei. Aber Forschung kostet Geld, und es scheint so zu sein, als ob Forschungsprojekte immer teurer würden. Aufgabe des Staates muß es sein, den Universitäten einen selbstverwalteten Freiheitsraum für Forschung zu geben, das heißt auch, ihnen die finanziellen Voraussetzungen für Forschungen auf selbstgewählten Gebieten zu schaffen.

Daneben kann es und wird es immer die Auftragsforschung geben. Ihre Projekte sind in der Regel auf klar umrissene, ökonomisch verwertbare Ziele gerichtet. Diese auf einen ganz bestimmten Zweck gerichtete Forschung leistet sicher einen wichtigen

Beitrag für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik, aber diese Forschung darf nicht den von der ökonomischen Verwertbarkeit freien Bereich der Forschung erdrücken. Ihn zu schaffen und zu erhalten, ist Aufgabe der Gesellschaft. Schafft die Gesellschaft keinen Ort, an dem frei geforscht werden kann, wäre nicht nur der wissenschaftliche und technische Fortschritt, sondern auch die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft gefährdet.



Osswald

In der Universität sollte — und dazu stellt der Staat im Haushaltsplan Mittel zur Verfügung — zunächst einmal Forschung zur Weiterentwicklung der Wissenschaft betrieben werden. Fragen, an denen kein Auftraggeber ein Interesse hat, sollen genauso erforscht werden können wie wissenschaftliche Probleme, deren gesellschaftliche Verwertung unmittelbar vorauszusehen ist. Vielleicht sollte man den Unterschied zwischen einer interessensfreien Grundlagenforschung und einer auf bestimmte technische und ökonomische Probleme gerichteten Forschung nicht zu stark betonen, denn jedes Forschungsergebnis steht in einem gesellschaftlichen Zusammenhang.

Die Entscheidung aber, welche Forschungsprojekte in Angriff genommen werden sollten, dürfte — sofern es sich um Projekte handelt, die ein ganzes Institut betreffen — nicht der Institutsdirektor allein treffen. Sie sollte in Entscheidungsgremien wie der Fachbereichskonferenz fallen, in denen Vertreter aller Gruppen der Universität Sitz und Stimme haben, wie das im Entwurf des hessischen Universitätsgesetzes vorgesehen ist. Das bedeutet keine Einschränkung der Freiheit der Forschung, sondern nur eine Mitbeteiligung aller an der Entscheidung, die bei der Übernahme eines Forschungsprojektes beteiligt sind.

Ergebnisse der an öffentlichen Hochschulen durchgeführten Forschungsarbeiten sollten grundsätzlich allgemein zugänglich sein. In Einzelfällen mag es schwerwiegende Gründe geben, die eine Veröffentlichung für nicht zweckmäßig erscheinen lassen. Man könnte zum Beispiel an Forschungsergebnisse denken, deren Praktizierung und Umsetzung in technische Prozesse humanitären Grundsätzen widersprechen.

Forschung wird für die politische Entscheidung zunehmend wichtiger. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß politische Zusammenhänge immer komplexer werden. So gewinnt der Bereich der Planung immer mehr an Bedeutung. Planung ist aber sinnvoll nur dann möglich, wenn

▷ die Ausgangslage ausreichend analysiert wurde und



- ▷ Alternativlösungen erarbeitet wurden sowie
- ▷ die möglichen Lösungen in allen ihren Auswirkungen untersucht wurden.

Dies kann heute nicht mehr allein von der Ministerialverwaltung vorgenommen werden. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, Analysen und Entscheidungsmodelle zu entwickeln, die es dem Politiker erlauben, seine Entscheidung in möglichst genauer Kenntnis der Situation und der zu erwartenden Folgen zu treffen. Diese Notwendigkeit der wissenschaftlichen Beratung der Politik gilt für die Wirtschafts-, die Verkehrspolitik ebenso wie für die Bildungspolitik und die Finanzpolitik. Die Politik braucht die Wissenschaft.

Damit die Universitäten Entscheidungshilfen geben können, müssen sie frei und unabhängig forschen und verschiedene Forschungsalternativen durchspielen können. Dem Politiker wird die Entscheidung für die eine oder andere Lösungsmöglichkeit nur erleichtert, wenn vorher wissenschaftlich die Vor- und Nachteile der verschiedenen Alternativen offen dargelegt werden.

„Humanität ist nur ein Nebenaspekt“

Von Hartmut Häußermann

Der Soziologie-Student Hartmut Häußermann, 26, war im Sommer 1967 Asta-Vorsitzender an der Freien Universität Berlin. Heute vertritt Häußermann den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) im Bildungspolitischen Ausschuß der SPD.

Die Situation ist in dem SPIEGEL-Bericht über die Fremdfinanzierung der Forschung an den westdeutschen Hochschulen klargestellt: Die Forschung wird hauptsächlich von den Verwertungsbedürfnissen der Industrie gelenkt.

Unter dem ideologischen Schleier der „Freiheit der Wissenschaft“ wird gezwungenermaßen wissenschaftliche Arbeit betrieben, die sich nicht nach irgendwelchen wissenschaftlichen oder idealistischen Interessen richtet — wie es das Bild des unabhängigen Forschers suggeriert —, sondern direkt nach den Profitbedürfnissen der kapitalistischen Großkonzerne.

Auf der anderen Seite werden Bereiche vernachlässigt, deren Erforschung Gebot simpler menschlicher Nächstenliebe wäre: Ernährungsfragen, Sozialhygiene, Sozialmedizin, die Lebensbedingungen in unserer Umwelt, die vorschulische und schulische Erziehung und vieles andere. Die psychischen und sozialen Probleme des menschlichen Daseins werden systematisch verdrängt in einer formierten Leistungsgesellschaft, in der Kosten und Nutzen mehr gelten als moralische Kriterien.

Wir haben es bei der Forschungsfinanzierung in der BRD nicht mit dem Ergebnis eines wildwüchsigen Prozesses zu tun, der nur ein bißchen korrigiert werden müßte: Die Forschung ist

Frauen lieben das Unwiderstehliche. Frauen lieben Mister L.



Eine komplette Herrenserie, die Ihnen männliche Pflege im Mister L-Stil bietet.

Eau de Cologne, Pre Electric Shave, After Shave Lotion, After Shave Cream, Men's Soap, Shaving Cream, Deodorant Spray, Deodorant Stick, Transparent Hair Jelly, Vitamin Hair Tonic.

Selbstverständlich erhalten Sie Mister L-Produkte auch in Österreich und in der Schweiz.

Ein Mann gewinnt mit Mister L.

VON L'ORÉAL PARIS

geplant und bewußt auf die industriellen und militärischen Verwertungsinteressen zugeschnitten. Auch ist dies kein spezielles Symptom der westdeutschen Situation; es kennzeichnet alle kapitalistischen Länder.

Da hilft kein moralisches Lamento und keine Kommaverschiebung in den Statistiken der Forschungsfinanzierung zugunsten der Erforschung sogenannter sozialer Probleme. Denn solange unser gesamtes gesellschaftliches System auf die Gesetze der „freien Wirtschaft“ verpflichtet ist, wird sich da nicht viel ändern lassen.

Der internationalen Konkurrenz und dem immer schnelleren technologischen Wandel können auf die Dauer auch die größten Konzerne ohne eine Patronage des Staates nicht standhalten. Und wenn nicht das gesamte System durch schwere wirtschaftliche Krisen gefährdet werden soll, dann müssen öffentliche Gelder in die Erforschung jener Technologien fließen, die notwendig sind, um dem rasanten Tempo der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung zu folgen.

Die Erforschung neuer Technologien ist lebensnotwendig, damit mehr Menschen besser leben können. Aber dieser humanitäre Gesichtspunkt ist bei der gegenwärtigen Anlage unserer Forschungspolitik im besten Fall ein Nebenaspekt. Eine Erforschung unserer Daseinsbedingungen und der Möglichkeiten ihrer technischen Verbesserung findet nicht in einem durch Vernunft kontrollierten Prozeß, sondern in einem vom Profitinteresse diktierten Wettbewerb statt.

Die Forderung, von sofort an müsse mehr über Ernährungsfragen, über menschliche Nutzung des Raumes oder über die psychischen und medizinischen Aspekte unseres Daseins geforscht werden, wäre reichlich naiv.



Häußermann

Würden bedeutende Forschungskapazitäten dafür freigestellt, wären die Existenzbedingungen des kapitalistischen Systems als „führende Industrienation“ gefährdet.

Zudem könnten die Ergebnisse solcher Forschung die Prinzipien unserer gesellschaftlichen Ordnung selbst in Frage stellen. Innerhalb des kapitalistischen Leistungssystems ist daher eine Verlagerung der wissenschaftlichen Arbeit auf menschliche Bedürfnisse nur in dem Ausmaß zu erhoffen, wie es unabdingbare Voraussetzung für sein eigenes Funktionieren ist.

Eine radikale öffentliche Kontrolle der Forschungsfinanzierung — was unter gegebenen Rechtsvorschriften schon nicht zu verwirklichen sein dürfte, da ein Dschungel von Gesellschaften und Förderervereinigungen die Auftraggeber letztlich doch wieder verdecken kann — und eine unbeschränkte Verfügung über die Arbeitsergebnisse würden zwar mit Sicher-

PIAGÉT
UNE
MONTRE
SI
BUOU
PRÉCIEUX

Neue exklusive Schöpfungen mit Zifferblättern aus Edelsteinen
Spezialisten der flachsten Uhren der Welt.
Hersteller der einzigen ultra-flachen automatischen Uhr
Höhe des Werkes 2,3 mm.

Bei den ersten Juwelieren der Welt

PIAGÉT
La Côte-aux-Fées und Gorf

Bezugsquellennachweis für Deutschland: PIAGÉT GmbH, 605 Offenbach/Main, Postfach 850
Für Österreich: Helmut REISS, Parkring 10, 1010 Wien

heit ein Verschwinden der Industrieaufträge zur Folge haben, aber zumindest über die öffentlichen Gelder könnte dann kontrolliert entschieden werden.

Ein Ersatz der direkten Industrieinteressen-Vertreter an der Spitze des Wissenschaftsministeriums durch liberale Politiker würde sicher keine wesentliche Änderung in den Inhalten der Forschungsaufträge nach sich ziehen. Aber selbst von einem solchen Wechsel im Wissenschaftsressort sind wir — trotz SPD/FDP-Koalition — weit entfernt. Willy Brandt suchte anstelle eines neuen Forschungsministers offenbar nur einen Nachfolger für Stoltenberg: Stoltenberg kam aus dem Krupp-Management, Leussink wollte Krupp-Berater werden, bevor Brandt ihn nach Bonn rief — ein Indiz dafür, daß auch die sogenannte Linkskoalition in ihrer Wissenschaftspolitik nicht einmal an kleine Reformen denken kann.

„Makulatur in der hübschen Republik“

Vom SDS-Bundesvorstand

Dem SDS-Bundesvorstand gehören derzeit Monika Steffen, 25, Udo Knapp, 24, und Meino Büning, 32, an. Hauptaufgabe der Hochschule ist nach Meinung des SDS die Vorbereitung auf eine „sozialistische Berufspraxis“.

Ogleich aus der SPIEGEL-Serie „Mit dem Latein am Ende“ hervorgeht, daß vom SDS nichts anderes zu erwarten ist als „extreme, radikale“ und vor allem „wirklichkeitsfremde“ Verneinung aller praktischen Reformvorstellungen, wollen wir uns „realpolitisch“ verhalten und mit den SPIEGEL-Autoren fragen: Wie können Ausbildung und Wissenschaft so organisiert werden, daß sie weder von kurzfristigen, kurzzeitigen und heterogenen Einzelinteressen der einzelnen Kapitalisten noch von den bornierten Einzelinteressen der Lehrstuhlinhaber bestimmt werden, sondern daß sie den langfristigen Produktionsbedürfnissen der Gesamtgesellschaft und damit zugleich der allseitigen Ausbildung der Fähigkeiten des einzelnen in der Gesellschaft dienen?

Man kann dazu einen Plan machen; aber genau in dem Maße, wie dieser Plan seine Durchsetzung in unserer hübschen bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht enthält, ist er nichts als Makulatur. Untersuchen wir also, welche gesellschaftliche Kraft Interesse an solcher Organisation von Ausbildung und Wissenschaft hat und zudem über die Macht verfügt, dieses Interesse durchzusetzen. Es scheiden aus, der SPIEGEL zeigte es, die Herren Kapitalisten und ihre Manager und das Gros der Herren Politiker. Von Professoren und Studenten brauchen wir nicht zu reden.

Neben dem hilflosen Appell an irgendwelche „einsichtigen“ Kräfte in der „Öffentlichkeit“ scheint also zunächst — das Gespräch mit Carl-Heinz Evers am Ende der Serie deutet darauf



SDS-Kongreß (in Frankfurt): „Die Herren Kapitalisten scheiden aus“

hin — nur die Hoffnung auf die wenigen „einsichtigen“ Politiker zu bleiben, die durch die wenigen „einsichtigen“ Intellektuellen unterstützt werden müßten. Aber was müßte diese Minorität tun?

Fassen wir, mit Evers' Parteikollegen Schiller, die langfristigen Produktionsbedürfnisse als langfristige gesamtgesellschaftliche Interessen, so ist aus der Geschichte leicht zu lernen, wie wenigstens annäherungsweise unter solch einem gesamtgesellschaftlichen Interesse unter anderem auch die technisch-wissenschaftlichen Ressourcen organisiert werden könnten; nämlich vermittelt einer bonapartistischen Diktatur, die freilich praktisch nur als Coup d'état der mächtigsten Kapitalistengruppe zu etablieren wäre. (Deswegen hätte das Schlußgespräch der Serie vielleicht sinnvoller mit Franz Josef Strauß geführt werden sollen.) Das, was die Studentenbewegung als „technokratische Reform“ kritisiert, muß notwendig auf solche Diktaturformen drängen, falls es nicht vorher — wie tatsächlich gegenwärtig die Kultusbehörden — Kompromisse mit den heterogenen Einzelinteressen in Wirtschaft und Wissenschaft macht, die am Status quo nichts Entscheidendes ändern.

Welche gesellschaftliche Kraft käme nach all dem dann überhaupt noch in Frage für eine Organisation von Ausbildung und Wissenschaft, die den langfristigen gesamtgesellschaftlichen Produktionsbedürfnissen und zugleich der allseitigen Entfaltung der Fähigkeiten des einzelnen entsprechen würde? Der SDS gibt darauf die klassisch gewordene Antwort: das Proletariat.

Die lohnabhängigen Produzentenmassen in der Industrie sind der konkrete Inbegriff der Produktivkräfte, die die Fesselung durch ihre Anwendung für private Profitinteressen sprengen müssen, um sich unter selbstbestimmten und damit gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen produktiv zu betätigen und darin die all-

seitige Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu verwirklichen. Die Befreiungsperspektive des Proletariats also enthält die wirkliche, „realpolitische“ Auflösung der Widersprüche, die uns zu einem Teil in der Verstümmelung und Fesselung der wissenschaftlichen Produktivkräfte entgegneten. Stellt aber bereits eine Veränderung in der besonderen Sphäre Ausbildung und Wissenschaft — wie wir hier der Kürze des Raumes wegen nur behaupten konnten — deutlich die Alternative zwischen technokratischer Diktatur im Namen eines gesamtgesellschaftlichen Interesses und proletarischer Revolution dar, so wäre es in der Tat „wirklichkeitsfremd“, die Arbeit an der Hochschule nicht genau innerhalb dieser Alternative zu definieren.

Deswegen orientiert der SDS seine Hochschulpolitik an der einen Hauptfrage: Wie können die akademisch qualifizierten Produzenten Kampfgenossen des Proletariats werden; wie müssen sie sich dafür qualifizieren; wie müssen sie dafür die wissenschaftliche Arbeit umgestalten; welche exemplarischen Kampfformen können sie dafür entwickeln?

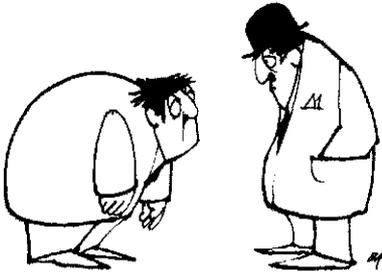
„Keine Angst vor dem Neuland“

Von Erich Frister

Erich Frister, 42, ist Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Neukölln und seit 1968 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). In der GEW sind 112 000 Lehrer, Sozialpädagogen und Hochschulwissenschaftler organisiert.

Das Bildungswesen in seiner gegenwärtigen Struktur und unter seinen gegenwärtigen Bedingungen genügt weder den Ansprüchen der Leistungsgesellschaft noch denen einer stabilisierten demokratischen Lebensform.

Die Verfechter gründlicher Veränderungen in Struktur und Organisation unseres gesamten Bildungswe-



Sie haben in letzter Zeit zuviel für Ihr Geld gearbeitet.

Lassen Sie jetzt mal Ihr Geld für Sie arbeiten! Lassen Sie es arbeiten, um Ihre Vermögenswerte in amerikanischen Wertpapieren zu vergrößern. Der amerikanische Wertpapiermarkt bietet Ihnen beinahe jede Möglichkeit, Ihr Geld Ihren ganz persönlichen Investitionszielen gemäß anzulegen.

Wir möchten Ihnen helfen. Dazu sind wir hier. Merrill Lynch ist eine der größten Brokerfirmen der Welt. Zu unseren Kunden gehören viele Geldinstitute der ganzen Welt, viele äußerst wohlhabende Einzelpersonen und Tausende von Normalverdienern, Leute, die im Jahr 30000 Mark oder weniger verdienen.

Recherchieren kommt vor Investieren. Wir bestehen darauf, daß Sie über ein Wertpapier gründlich informiert sind, bevor Sie einen Pfennig investieren. Zu diesem Zweck unterhält Merrill Lynch eine große Forschungsabteilung, deren Expertisen Ihnen jederzeit kostenlos zur Verfügung stehen.

Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Haben wir Sie einmal mit dem Sachverhalt genau vertraut gemacht, so fällen Sie die Entscheidung. Ihre Kauf- oder Verkaufsaufträge übermitteln wir in wenigen Minuten über Direktleitungen von Frankfurt und Hamburg nach New York. Sie zahlen lediglich die Mindestprovision die von der Börse, an der Ihre Papiere gehandelt werden, festgesetzt wurde.

Warum besuchen Sie uns nicht einmal in Frankfurt oder Hamburg?



**MERRILL LYNCH,
PIERCE, FENNER & SMITH
INTERNATIONAL LTD.**

FRANKFURT/M., ZÜRICH-HAUS
AM OPERNPLATZ, TELEFON 720366
HAMBURG 1, REESENDAMM 3/
JUNGFERNSTIEG, TELEFON 321491

Der in dieser Anzeige angebotene Service, der sich auf Forschung, Übertragung und Durchführung von Aufträgen bezieht, wird durch Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Smith Inc., New York, N.Y., geleistet und wird außerhalb der USA durch Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Smith International Ltd. und deren Tochtergesellschaften angeboten.

sens — von der vorschulischen Erziehung bis hin zur Universität und zu den Einrichtungen der Erwachsenenbildung — glauben eine Konzeption zu besitzen, die beiden Gesichtspunkten Rechnung trägt: Gesamtschule und Gesamthochschule. Diese Konzeption hat der SPIEGEL dankenswerterweise vorgestellt.

Wenn Gesamtschule und Gesamthochschule Wirklichkeit und in absehbarer Zeit Regelfall werden sollen, wird es vor allem darauf ankommen, die Skeptiker zu überzeugen und ihre Mitarbeit zu gewinnen. Es wird wenig Sinn haben, auf die Zustimmung derjenigen zu warten, die ihre Abneigung mit der Berufung auf die angeblich gefährdete Leistungsfähigkeit des Bildungswesens begründen, tatsächlich aber ihr Festhalten an privilegierten und elitären Bildungseinrichtungen — Gymnasium, Universität — damit kaschieren wollen.



Frister

Darum sind jetzt Entscheidungen nötig. Die Diskussion darf nicht länger als Alibi für Nichtstun gepflegt werden.

Selbstverständlich kann das Schul- und Hochschulwesen nicht über Nacht im Handstreich in Gesamtschulen und Gesamthochschulen umorganisiert werden. Jeder Versuch, die Reform mit einem legislativen oder administrativen Gewaltakt zu verordnen, würde nur ihr Scheitern zur Folge haben. Aber Beispiele müssen angeregt, gestützt und honoriert werden. Diese Beispiele — die Länder sollten wetteifern, sie zu initiieren — müssen den Skeptikern die Angst vor dem Neuland nehmen.

Sie müssen den Eltern beweisen, daß ihre Kinder individuell gefordert und gefördert werden, daß Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit ihrer Kinder in einer Gesamtschule wachsen. Sie müssen den Schülern die Erfahrung vermitteln, daß man in der Schule mitberaten, mitverantworten, mitentscheiden kann, daß die Schule die Gelegenheit gibt, zu wählen und ihre Anforderungen zu durchschauen.

Die Lehrer müssen erfahren, daß sie in dieser Schule als schöpferische Persönlichkeiten gefragt sind, daß Differenzierung und Spezialisierung ihren Beruf attraktiver und ihre Aufgabe erfüllbarer machen.

Die Studenten müssen die Vorzüge eines durchschaubaren, nicht hierarchisch, sondern funktional gegliederten Ausbildungssystems erkennen können, das sie nicht nur für Berufe fit macht, sondern sie auch für ihre Verantwortung in der Gesellschaft trainiert.

Die Hochschullehrer müssen spüren, daß Spezialisierung im Team, klare und geordnete Aufgabenstellungen für Forschung und Lehre nicht Aufgabe

von Privilegien, sondern Entlastung und Steigerung der Effektivität bedeuten.

Dies sind nur Stichworte. Gesamtschule und Gesamthochschule bedeuten mehr und auch anderes. Aber nur Beispiele, soviel wie irgend möglich, können verdeutlichen, daß die Reform niemanden bedroht, sondern uns allen, der Stabilisierung einer demokratischen Lebensform und der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums dient.

„Nicht am Ende des Lateins“

Von Wilhelm Hahn

Professor Wilhelm Hahn (CDU), 60, ist seit 1964 Kultusminister in Baden-Württemberg. Im März dieses Jahres legte Hahn dem Stuttgarter Landtag ein „Hochschul-Gesamtsplan“ vor, der detaillierte Angaben über die gegenwärtige Situation und die künftige Organisation der baden-württembergischen Hochschulen enthält.

Viele der in der SPIEGEL-Serie geschilderten Schwierigkeiten an unseren Hochschulen beschäftigen uns seit Jahren auf das intensivste. Man darf aber nicht sagen, daß wir am Ende unseres Lateins stehen. Wir stehen viel eher erst am Anfang großer Reformmaßnahmen.

Die Gründe für die Schwierigkeiten sind allerdings sehr viel umfassender, als meist gesehen wird. Vorausberechnungen der kommenden Studentenzahl sind durch den Wissenschaftsrat im Jahre 1964 vorgelegt worden. Wie wir heute wissen, blieben diese Prognosen hinter der tatsächlichen Entwicklung weit zurück. Man kann aber von den Politikern nicht verlangen, daß sie die Entwicklung hätten besser voraussehen müssen als die wissenschaftlichen Fachleute. Hinzu kommt, daß in der jüngsten Vergangenheit die Universitäten auf ihre Autonomie pochten und dabei von weiten Teilen der Öffentlichkeit nachhaltig unterstützt wurden. Das machte es dem Staat fast unmöglich, wirksam einzugreifen und Reformen zu verlangen.



Hahn

Der Lebensstandard in unserem Land ist sehr rasch angestiegen und hat zu einem erhöhten Bildungsbedürfnis beigetragen. Die unerwartet rasch gestiegene Abiturientenzahl und damit die Studentenzahl — ebenfalls ein Problem der Hochschulreform — bringen dies deutlich zum Ausdruck. Schließlich ist die Misere an unseren Hochschulen nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die vom Staat bewilligten Lehrkräfte von den Hochschulen nicht immer so rationell eingesetzt werden, wie es möglich wäre. Wie würde es sich sonst erklären, daß die Lehrsituation sich verschlechtert hat, während die Zahl der Studenten sich von 1954 bis 1968 nur um 227 Pro-



**Kommen Sie jemals
mit Motorsägen in
Berührung?**

Nie!

Aber indirekt schon.
Zum Beispiel wird das Holz,
aus dem die BILD-ZEITUNG
gemacht ist, mit 99,98%
Wahrscheinlichkeit von einer
Motorsäge gefällt. Zu 58,3%
ist es wahrscheinlich, daß es
eine STIHL-Säge ist.

Typisch
statistische Behauptung:

Jede zweite

Bild-Seite

wurde mit einer
STIHL-Motor-
säge geschnitten. Denn etwa
jede zweite Motorsäge in
Europa ist von

STIHL

Europas
größte Motorsägenfabrik



STIHL Motorsägen 705 Waiblingen

zent vermehrte und die Zahl des wissenschaftlichen Personals um 429 Prozent zugenommen hat?

Vor einem kann ich aber nicht dringend genug warnen: auf der Jagd nach möglichen Idealkonzeptionen der Zukunft weitere Fortschritte in der Hochschulreform zu bremsen. Der im SPIEGEL zitierte Weizsäcker-Plan ist eine sicher in der Zukunft zu diskutierende Theorie, die aber sehr viele Fragen offenläßt. In dem relativ knappen Papier fehlt eine quantitative Verifizierung der neuen Vorschläge. Außerdem verzichtet es auf eine Finanzprognose in detaillierter Form, die zum Beweis der Realisierung des Papiers dringend erforderlich wäre.

Der in Baden-Württemberg auf der Grundlage des von mir in Auftrag gegebenen Dahrendorf-Plans entwickelte Rahmenplan für einen differenzierten Hochschulbereich (Hochschul-Gesamtplan I) ist keine Idealkonzeption, aber er ist ein realistisches Programm. Der Hochschulgesamtplan hat drei vorrangige Ziele: die Lösung des Massenproblems, die Studienreform und die Reform der Lehre, wobei gleichzeitig der Entfaltungsraum der Forschung gesichert werden soll.

In einem neuentwickelten Verfahren, das zur Zeit auch Grundlage für Überlegungen der Kultusminister-Konferenz ist, wurden an den Universitäten Baden-Württembergs die Ausbildungskapazitäten sowie die aufgetretenen personellen und räumlichen Engpässe ermittelt. Ein Nachfrage- und Bedarfsmodell reicht bis 1980. Aus den Analysen ergibt sich, daß bei einer Verwirklichung des vorgeschlagenen Reformprogramms finanzielle Einsparungen und Entlastungen für den Hochschulbereich in der Größenordnung einer großen Landesuniversität mit 12 000 Studierenden möglich wären.

„Kaum ein Anlaß zur Zuversicht“

Von Hannes Kapuste

Der Mediziner Hannes Kapuste, 38, ist Koordinator des Münchner „Instituts für Ausbildungsforschung“. An dem Institut beschäftigen sich Mediziner, Soziologen und Mathematiker mit den Problemen der ärztlichen Ausbildung.

Wer jetzt eine Reform der ärztlichen Ausbildung erwartet, stützt seinen Optimismus auf den Entwurf der neuen Approbationsordnung vom 20. September 1969. Nicht alle, die diesen Entwurf kennen, sehen darin Anlaß zur Zuversicht.

In einer ausführlichen Analyse haben wir festgestellt, daß bei der jahrelangen Arbeit der sogenannten „Kleinen Kommission“ an dieser „Reform“ viele berechnete Erwartungen unerfüllt geblieben sind. Wir kamen daher zu dem Ergebnis, daß im Interesse einer sinnvollen Reform nicht nur dieser Entwurf verlassen werden sollte, sondern ein neuer Weg zu suchen ist: durch die Berufung einer „Ständigen Kommission für die Ärztliche Ausbildung“, in der auch das wohlverstan-

dene öffentliche Interesse wirksam genug vertreten ist.

Wenn ein klinischer Ordinarius im Jahr tatsächlich etwa eine Million Mark verdienen kann und viele Oberärzte nach jahrelangen Diensten für ihre klinischen Chefs ähnlich lukrative Rechte an öffentlichen Kliniken erhalten — dann kann man die Vertreter der medizinischen Ordinarien nicht als unbefangene Sachverständige betrachten.



Kapuste

„Der Arzt dient“, nach § 1 der Bundesärzteordnung, „der Gesundheit des einzelnen Menschen und des gesamten Volkes.“ Die medizinischen Fakultäten haben mit den Mitteln, die sie vom Staat erhalten, diese Aufgabe zu erfüllen. Doch die Verwirklichung dieses Auftrags wird an den medizinischen Fakultäten in weiten Bereichen von den persönlichen Interessen einiger weniger Personen bestimmt.

Ihre Macht und das große öffentliche Ansehen, das sie infolge ihrer Stellung genießen, gibt ihnen die Möglichkeit, die Arbeit in den öffentlichen Kliniken an den öffentlichen Aufgaben vorbeizusteuern. Durch eine Analyse der Zusammenhänge könnte der SPIEGEL bei seinen Lesern die Haltung der reinen Geduld durch kritische Beteiligung ersetzen — sie würden deutlich sehen, daß ein beispielloser „Kapitalismus ohne Kapital“ in unseren öffentlichen Kliniken der eigentliche Magnet für die Bestrebungen vieler Mediziner geworden ist.

Nur wenn man diesen Magneten aus dem System der Medizin entfernt und die Interessen der Gesellschaft genügend Gewicht erhalten, wird die Reform der ärztlichen Ausbildung eine Chance haben.

„Flucht vor der Wirklichkeit“

Von einem Lehrer-Kollegium

Der Personalrat des Staatlichen Leibniz-Gymnasiums in Neustadt an der Weinstraße übersandte dem SPIEGEL eine von 30 Lehrern unterzeichnete Stellungnahme.

Die wichtigste Ursache der Abwanderung vieler potentieller Studienräte, insbesondere der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtung, in die Industrie — so behauptet die Stiftung Volkswagenwerk —, sei die Unzufriedenheit mit dem philosophisch-pädagogischen und dem psychologischen Begleitstudium. Diese Behauptung ist an Unsachlichkeit schwerlich zu überbieten und geht am Kern des Problems völlig vorbei.

Dem oft belächelten Idealismus älterer Lehrer stellt die junge Generation, sobald sie mit der Berufswahl konfrontiert wird, eine nüchterne und

illusionsfreie Analyse gegenüber, die den Anforderungen einer sich immer mehr am Materiellen orientierenden Gesellschaft Rechnung trägt.

Was kennzeichnet den Beruf des Studienrats im Vergleich zu anderen akademischen Laufbahnen — oft sogar noch innerhalb des Staatsdienstes?

- ▷ Unzureichende Arbeitsbedingungen,
- ▷ unangemessene Bezahlung,
- ▷ äußerst geringe Aufstiegschancen,
- ▷ die Rolle des Prügelknaben für bildungspolitische Versäumnisse und Fehlschläge unausgewogener Reformen,
- ▷ die Rolle der Zielscheibe für gesellschaftspolitisches Wunschdenken,
- ▷ keine Förderung der Weiterbildung.

Für die heutige akademische Jugend ist solch ein Beruf nicht mehr attraktiv. Gäbe es für Geisteswissenschaftler einen Ausweg ähnlich dem der Industrie für Naturwissenschaftler, dann müßte ein Großteil der Gymnasien überhaupt geschlossen werden.

Statt diese simplen, aber unangenehmen Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen, nimmt man Zuflucht zur massierten Anstellung von allerlei Hilfskräften und zum Lehrerspezialstudium mit (im Vergleich zum Staatsexamen) niedrigeren Anforderungen.

Weshalb ist man denn in der zweitgrößten Handelsnation der Welt nicht endlich bereit, für Bildung und Forschung das auszugeben, was die Zukunft erfordert? Auch für den Lehrermangel gilt das allgemein verständliche Gesetz von (finanziellem) Angebot und (personeller) Nachfrage: Der Rest ist Flucht vor der Wirklichkeit.

„Mehr fortschrittliche Studenten“

Von Ulrich Klug

Professor Ulrich Klug, 55, Strafrechtler und Rechtsphilosoph, ist Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Köln. Er gehört zum Kreis der sogenannten „Alternativ-Professoren“, die die Reform des veralteten Strafrechts entscheidend mitbeeinflusst haben. Er ist Mitglied der FDP und hatte sich um eine Kandidatur für den Bundestag beworben.

Der SPIEGEL-Bericht über das Jura-Studium ist für Beteiligte auf der Seite der Hochschullehrer eine harte und salzige Kost. Man wird die Vorwürfe schlucken müssen, zumal sich die Juristen in ihrer Mehrheit seit Jahren darin einig sind, daß die juristische Ausbildung reformbedürftig ist.

Ein schwacher Trost mag es sein, sich zu vergegenwärtigen, daß man das Unbehagen am Recht weder bei den Juristen noch bei ihren Opfern jemals wird beseitigen können und daß schon aus diesem Grunde die Ausbildung der Jünger des Rechts immer ein Unterfangen bleiben muß, das sein Ziel nur annäherungsweise erreichen kann. Amtsgerichtsrat Dr. Pilatus bekommt

keine endgültige Antwort auf die Frage „Was ist Recht?“

Natürlich ändert das nichts daran, daß vieles besser gemacht werden kann. Sicherlich wäre etwa die Verwirklichung des übrigens nicht vorgängerlosen Wiethölter-Modells mit den drei Stufen — sozialwissenschaftliche Grundlagen, rechtswissenschaftliche Grundlagen und rechtswissenschaftliche Spezialisierung auf Verwaltung, Wirtschaft oder Justiz — ein guter Schritt voran.

Gegen die klassischen Vorlesungen braucht man nicht mehr zu Felde zu ziehen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sie durch die viel wirksameren, zeitsparenden, genaueren und vollständigeren elektronischen Lehrmaschinen unter Verwendung des Dialogverfahrens zwischen Student und Computer ersetzt werden. Die Hochschullehrer werden dann frei zur Erarbeitung pädagogisch und wissenschaftlich immer besserer Programme für jene Unterrichtsapparate.

Sie gewinnen zugleich Raum für die verstärkte Pflege von echten Vertiefungsübungen und Seminaren mit kleinerer Teilnehmerzahl. Analyse und Kritik können vordringen. Büffeln und Pauken — oder feiner und apo-freundlicher gesagt: die wegen der Effizienz der Ausbildung nicht ganz entbehrliche mnemotechnische Arbeit — wird in das Lehr-Laboratorium verwiesen.

Mit einem Problem aber werden wir uns noch lange abmühen müssen. Es hängt mit dem Doppelgesicht studentischer Forderungen zusammen. Die Mehrheit der Studenten fordert eine ausbildungstechnische Reform. Sie wünscht eine wirksamere Ausrichtung des juristischen Studiums auf das Staatsexamen. Das Ziel ist ein schnellerer Ausstoß erfolgreich geprüfter Juristen.

Eine Minderheit vertritt demgegenüber ein gesellschafts- und rechtspolitisches Anliegen. Hier geht es um

stärkere Berücksichtigung der Sozialwissenschaften, der Rechtssoziologie, der Psychologie und der Rechtsphilosophie. An die Stelle des traditionellen rechtsdogmatischen „l'art pour l'art“ soll der intensive Einbau der gesellschaftlichen und juristischen Wirklichkeit treten.

Die sachlich wertvolleren und wichtigeren Tendenzen vertritt die Minderheit. Die von ihr vorgetragene Kritik muß berücksichtigt werden. Auf einen Nenner lassen sich die Wünsche beider Gruppen schwerlich bringen. In einem Punkt stimmen sie jedoch merkwürdigerweise überein. Beide wünschen eine Verschulung der Ausbildung. Der freie Student, der nach seiner Entscheidung — allenfalls unter Beachtung von



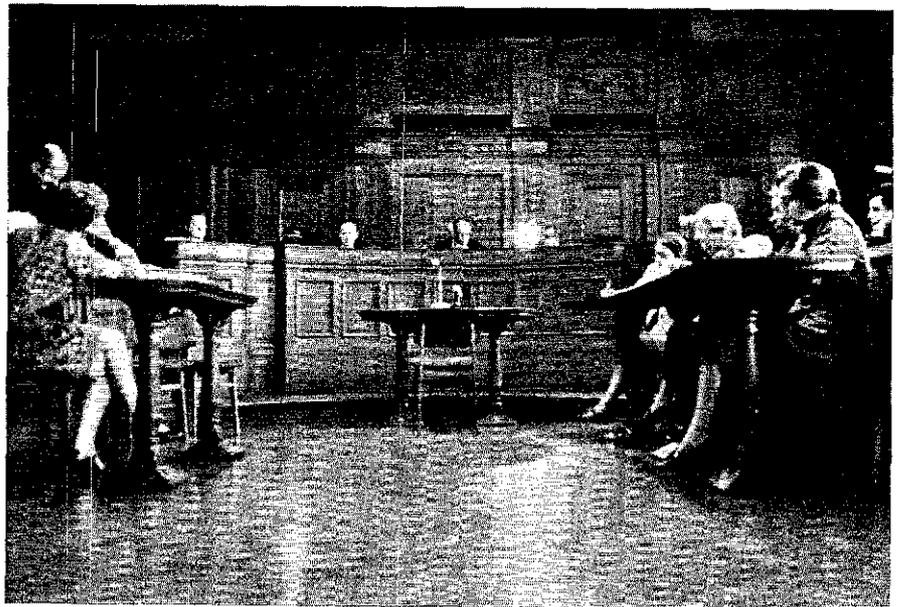
Klug

Empfehlungen seiner Dozenten — die Ausbildung selbst gestaltet, ist kein Idealbild mehr. Risikoabbau heißt die Parole.

Sicher gibt es gute, pädagogisch und fachlich hervorragende Repefitoren. Der Drang zu ihnen ist aber

kein Problem der Ausbildungsqualität. Man scheut das Wagnis. Man möchte sicher geleitet sein. Eine nüchterne Analyse der Situation zeigt schnell, daß unter den Jurastudenten das „Führ mich am Händchen“-Modell die Reformwünsche beherrscht. Das gilt auch für jene Minderheit — doch immerhin nur zum Teil.

Kann auf diesem Teil des Teils eine grundlegende Reform aufbauen? Man mag die Hoffnung nicht aufgeben. Aber Wunder sind nicht zu erwarten. Wer als Prüfer im Examen nach rechtstheoretischen Thesen von Kant, Hegel oder Marx fragt, bekommt selten annehmbare Antworten, obwohl



Gerichtsverhandlung (in Berlin): „Warum haben Juristen immer recht?“

die Universität diesen Stoff anbietet — wenn auch nicht aufzwingt.

Die Studenten fordern fortschrittliche Professoren. Warum nicht? Wie aber wäre es zugleich mit mehr fortschrittlichen Studenten?

Es wird ein schwerer Weg sein bis zu jener Ausbildung, bei der sich wenigstens die Hälfte der Beteiligten auf beiden Seiten zu jener berühmten Juristenfrage von Montesquieu gedrängt fühlt: „Großer Gott! Wie ist es bloß möglich, daß wir immer recht und die anderen immer unrecht haben?“

„Die Ohne-mich-Universität“

Von Hartmut von Hentig

Hartmut von Hentig, 44, lehrt als Pädagogik-Professor an der neuen Universität Bielefeld. Der Kritiker des bundesdeutschen Schulsystems („Systemzwang und Selbstbestimmung“) will in Bielefeld pädagogische Forschung und Schulwirklichkeit auf eine neue Weise verbinden: durch die Einrichtung einer „Laborschule“ und eines Oberstufenkollegs, an denen unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle Reformen erprobt werden.

Der gegenwärtige Lehrermangel ist ein Symptom, dessen Ursachen in einer veralteten und insofern verfehlten Bestimmung und Gliederung der Schule und damit des Lehrerberufs liegen. In unserer Welt muß eine Schule unbefriedigend sein, die den jungen Menschen fast zwei Jahrzehnte lang vom gesellschaftlichen Leben trennt, die ihn bestenfalls auf das Leben vorbereitet, wie es ist — nicht wie es sein könnte, die sich auf die Vermittlung gesicherten Wissens beschränkt und die dem Schüler in erster Linie Aufstieg und eine reibungslose Anpassung zu ermöglichen sucht.

Diese Aufgabe erfüllt die Schule zudem mit unkritisch übernommenen Mitteln der Vergangenheit: Fächerkanon und Jahrgangsklasse, Benotungssystem und Abschlußkamen — und vor allem mit dem beamteten, staatlich geprüften, weisungsgebundenen und Disziplin haltenden Lehrer.

Die notwendige pädagogische Reform wird durch sachwidrige Statusprobleme — hier Volksschullehrer, hier Studienräte — ständig beeinträchtigt. Das wird nicht aufhören, bis nicht alle Lehrer an gleichrangigen Einrichtungen gleichartig ausgebildet werden: zur Anwendung wissenschaftlicher Verfahren und Erkenntnisse in ihrem Beruf und zur Wahrnehmung der politischen Voraussetzungen und Wirkungen ihrer Arbeit. Weil der Lehrer auf jeder Stufe des Lernens wissenschaftliches Verhalten induzieren muß, weil er in zunehmendem Maß die Anpassung der Lernbedingungen, -mittel und -prozesse an die sich verändernde Umwelt vorzunehmen hat, muß alle Lehrerausbildung in unmittelbarer Verbindung mit der dazugehörenden Forschung vor sich gehen: an den Pädagogischen Hochschulen ebenso wie an den Universitäten.

Der in der SPIEGEL-Serie ausführlich behandelten „Ich-auch“-PH steht



Studienrat, Schüler
„Nach bewährtem Verfahren“

heute noch eine „Ohne-mich“-Universität gegenüber, die von der extensiven Lehrerbildung und vom „Praxisbezug“ weitgehend befreit sein will. Die Entlastung von der Lehrerausbildung würde die Universität jedoch daran hindern, die für ihre eigene Forschung dringend notwendige Wissenschaftsdidaktik zu entwickeln, also Kriterien für eine Erkenntnis- und Vermittlungsökonomie.

Ohne Didaktik aber wird auch die Wissenschaft unlernbar, unverständlich und unwirksam. Daher mein Vorschlag, zunächst für die Schuldisziplinen (eventuell für geschlossene Fächergruppen wie „Fremdsprachen“, „Sozialwissenschaften“, „Experimentelle Wissenschaften“ etc.) ordentliche Lehrstühle für Wissenschaftsdidaktik einzurichten, die gleichrangig neben den Lehrstühlen für die Fachdisziplinen stehen. Die Einteilung in Hochschulen, die das *Wie* und *Wozu* lehren, und Hochschulen, die das *Was* lehren, widerspricht der Erkenntnis von der gegenseitigen Abhängigkeit von Lernstruktur und Wissenschaftsstruktur.

Eine sofortige und vollständige Integration der Lehrerbildung für Volksschulen und Gymnasien liefe jedoch bestenfalls auf einen erneuten Etikettenschwindel hinaus. Erziehungswissenschaftliche Universitäten, wie sie das Land Nordrhein-Westfalen plant, können eine gute Sache sein: als Herausforderung der herkömmlichen Universitäten und für eine Ausbildung, die den direkten Bezug zum Beruf zu einem Gegenstand ihrer Forschung gemacht hat. Aber einstweilen ist zu befürchten, daß eine solche neue Einrichtung nur mit der Erforschung und Lehre der schon gegebenen Schulfächer und deren Didaktik beauftragt wird und damit die Lehrerbildung auf den gegenwärtigen Bildungskanon, auf die geschichtlichen Einrichtungen und Vorstellungen festlegt.

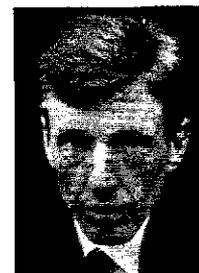
Kurz: Die Universität muß die Didaktik lernen; die Pädagogische Hochschule muß umgekehrt in den Stand

gesetzt werden, wirklich zu forschen. Dazu braucht sie eine größere Planungs- und Haushaltsautonomie, und ihre Dozenten brauchen mehr Zeit, mehr Öffentlichkeit und mehr Kritik.

Erziehungswissenschaftliche Universitäten könnten Stufenlehrer ausbilden — Lehrer also, die für Gruppen von Schülerjahrgängen, unabhängig von den heutigen Schultypen, verantwortlich sind. Der Stufenlehrer bezeichnet einstweilen noch keine Lösung, sondern ein Problem: Wie kann man die Differenzierung und Kontinuität der Lernprozesse zugleich ermöglichen, oder wie vermeidet man, daß die notwendigerweise zahlreicheren Lehrer der Grundschule nicht doch wieder die „schlichteste“ und kürzeste und die Lehrer der Kolleg-Stufe (vom elften Schuljahr an) eine viel zu lange und praxisferne Ausbildung bekommen? Die einen werden sich, auch wenn wir die Gesamthochschule einführen, in den Abteilungen Kettwig und Alfeld wiederfinden und die anderen in Konstanz und Bielefeld.

Nichts wird die Schule so verändern wie die neuen Unterrichtsmedien. Sie könnten aufdecken, daß Schule so nicht sein muß, wie wir sie heute halten: Aus einem kollektiven Lehrgetto kann ein individualisiertes Lernfeld werden. Wenn nicht auch Lehrer an der Entwicklung und Integrierung dieser Medien beteiligt werden, wenn man dies alles den Computerfirmen, den Großverlagen und den Instituten für Unterrichtstechnologie überläßt, wenn die Wirkungen, die diese Medien über die Steigerung der Lerneffizienz hinaus haben, nicht auch von den Lehrern kritisch mitverarbeitet werden, so daß sie daran ihre veränderte Rolle lernen können, dann werden sie zu Gehilfen an einer großen Anpassungs- und Rationalisierungsmaschine.

Der Lehrer wird nicht nur durch seine Ausbildung gemacht, sondern durch seine täglichen Arbeitsverhältnisse. Ist seine Institution hierarchisch geordnet („laut Erlaß vom soundso-



Hentig

vielten...“), statisch („nach bewährtem Verfahren...“), individualistisch („im Klassenzimmer ist der Lehrer König“), helfen alle Psychologie und kritische Soziologie, die er vorher gelernt hat, nichts. Antiautoritäre Minderheiten werden zu autoritärem Verhalten geradezu gezwungen. Die vertikale Kontrolle der Lehrer müßte also durch eine horizontale ersetzt werden. Bildlich gesprochen: in einer neuen Schule müßten zunächst einmal alle Türen ausgehängt werden.

Die Ausbildung des Lehrers muß während seines Berufes weitergehen. Sein sogenanntes Studium ist eigentlich nur ein Erst-Studium und muß durch ein periodisches Fortsetzungsstudium ergänzt werden. Nur so wird der Lehrer in den Stand gesetzt, seine

vordringliche Aufgabe zu erfüllen: Die ständige Reformation der Schule.

Der Wechsel von einer Stufe zur anderen — aufgrund zusätzlicher Studien — sollte honoriert werden, ebenso der Wechsel des Berufes (durch Stipendien) — etwa wenn man in ein Alter kommt, in dem der einmal angenommene Lehrstil nicht mehr stimmt und ein neuer nicht mehr gelernt werden kann. Es ist schwer genug, geeignete Lehrer zu bekommen; es ist bisher fast unmöglich, ungeeignete loszuwerden.

„Schöne Reden über die Zustände“

Vom hessischen Richterbund

Der Deutsche Richterbund ist die standespolitische Vertretung von Richtern und Staatsanwälten. Der Bund hat in Hessen rund tausend Mitglieder.

Leider haben es die Juristen bisher nicht fertig gebracht, die in gelehrigen Aufsätzen und schönen Tagungsreden bejammerten Zustände politisch so evident zu machen, daß sich die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern zur Durchführung der dringend erforderlichen Reformen genötigt sähen.

An diesem Zustand wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern, weil die Mehrheit der Ordinarien an den Universitäten und der für die Juristenausbildung Verantwortlichen in der Ministerialbürokratie zum Umdenken nicht bereit ist und sich gegen jegliche Reformen sperrt, die auf Teilgebieten bereits jetzt ohne Gesetzesänderungen möglich wären. Vermutlich wird erst dann etwas geschehen, wenn die Seminare und die Bonner Rosenberg in Brand gesteckt werden.

Zu kurz gekommen ist in Ihrem Artikel die Tatsache, daß nicht nur die Ausbildungsmethoden, sondern in erster Linie auch die autoritären Strukturen im Universitäts-, Gerichts- und Verwaltungsaufbau und schließlich auch die Berufsausübung selbst bei Juristen einen weitgehenden Persönlichkeitsabbau und eine Verkümmern des eigenständigen Denkens mit sich bringen.

Noch immer hat derjenige die besten Aussichten auf eine wissenschaftliche Laufbahn, der es versteht, dem Professor in Übungen und Seminaren am besten nach dem Mund zu reden. Als Student liegt man in der Benotung oft am besten, wenn man die — oft bekannte — Ansicht des betref-

fenden Professors vertritt. Bereits hier wird dem angehenden Juristen das Rückgrat gebrochen. Wer gute Ergebnisse erzielen will, muß sich frühzeitig der herrschenden Meinung anpassen.

Auch später führt die persönliche Abhängigkeit des Referendars von seinem Ausbilder dazu, im Interesse eines besseren Stationszeugnisses mit der eigenen Meinung zurückzuhalten, weil ja manche Ausbilder das Beharren des Referendars auf einer eigenen Rechtsmeinung im Zeugnis später gern als „Unbelehrbarkeit“ qualifizieren, wogegen die Übernahme von Ansichten des Ausbilders vielfach als Ausbildungserfolg („...konnte seine Kenntnisse erheblich erweitern...“) gewertet wird.

Auch der spätere Assessor — etwa in einer Kammer beim Landgericht — weiß, daß er sich mit fortschrittlichen Gedanken bei einem konservativen Direktor zurückhalten muß, wenn er eine „farblose“, das heißt nichtssagende oder gar negative Beurteilung im Zeugnis, das für seine lebenslängliche Anstellung entscheidend ist, vermeiden möchte.

Hier findet eine sich von Ausbildungsabschnitt zu Ausbildungsabschnitt stetig weiter verfestigende Korrumpierung der Persönlichkeit statt, die es in diesem Ausmaß in keinem anderen Beruf gibt. Es herrscht ein ständiger an die Existenz gehender Zwang zur Anpassung, dem viele erliegen, weil sie meinen, sie könnten so besser vorankommen.

Gerade diese Erscheinung kennzeichnet das Bild des sich den bestehenden Herrschaftsverhältnissen anpassenden Rechtstechnikers, der sich ohne viel Federlesens mit Vorliebe immer der „herrschenden Meinung“, das heißt in der Regel einer starren höchstrichterlichen Rechtspraxis, anschließt.

Nur ein tiefgreifender Strukturwandel innerhalb der Justiz, vor allem eine Beseitigung der persönlichen Abhängigkeiten, kann hier eine Änderung bringen.



Rechtsreferendar (r.): „Rosenburg in Brand?“

„Freie Wahl im Studienplan“

Von Harold J. Simon

Harold J. Simon M. D., Ph. D., ist Dekan für Lehrplangestaltung und Studentische Angelegenheiten an der School of Medicine der University of California in San Diego.

Es ist unsinnig, wenn Chemie- und Biologie-Dozenten Medizinstudenten nach den gleichen Richtlinien prüfen wie ihre eigenen höheren Semester. Zum Glück fallen die Grenzen zwischen den einzelnen Disziplinen, und viele Studienplan-Reformen in den Vereinigten Staaten haben die Autonomie der einzelnen Fachrichtungen bezüglich der Kurse und Prüfungen abgebaut.

Im allgemeinen werden Fortschritt und Kooperation durch einen Aufbau nach Fachrichtungen beziehungsweise



Simon

Abteilungen gehemmt. Eine solche Organisation mag aus Verwaltungsgründen erforderlich sein, führt aber zu engstirnigem Denken und Handeln und zu einem ungesunden Konkurrenzkampf um Raum, Finanzen, Prestige und dergleichen, während

die medizinische Ausbildung doch eindeutig eine Aufgabe ist, die über den Rahmen einer Fachrichtung hinausgeht. Bei uns wird die Aufgliederung nach Fachrichtungen oder Abteilungen fast völlig ignoriert. Alle Kurse werden in Zusammenarbeit mehrerer Abteilungen abgehalten.

Wir schließen uns voll und ganz Ihrem Standpunkt an, die Studenten frühzeitig und intensiv mit klinischen Dingen vertraut zu machen. In pädagogischer, psychologischer und jeder anderen Hinsicht sind derartige Erfahrungen durchaus sinnvoll und machen Studenten unablässig darauf aufmerksam, daß die grundlegenden medizinischen Wissenschaften von der klinischen Medizin nicht zu trennen sind.

Ich möchte auch noch bemerken, daß das übliche System der medizinischen Ausbildung, bei dem alle Studenten täglich acht oder mehr Stunden an den ihnen im voraus zugewiesenen Aufgaben arbeiten, ohne daß die Unterschiede in ihrer Vorbildung oder beruflichen Orientierung berücksichtigt werden, modernen Curriculum-Plänen verhaßt ist. Mindestens eine Medical School in den USA hat bereits einen völlig fakultativen Studienplan aufgestellt. Unser Lehrplan ist zu etwa vierzig Prozent fakultativ oder selektiv, und in den meisten Schulen der Vereinigten Staaten besteht jetzt Gelegenheit, zumindest einige Fächer zu wählen.

Leistungskontrollen in diesen Fächern sind nötig, um über Abschluß

* Bei der Verteidigung.

Polar Express

Ab 1. 11. fliegt JAL
3x wöchentlich
von Frankfurt-Hamburg über den Pol
nach Tokio

Und JAL bleibt die einzige Fluggesellschaft, die wöchentlich 10x über den Pol nach Tokio fliegt. Von Paris, London, Amsterdam und Kopenhagen mit guten Anschlußverbindungen oder direkt von Frankfurt + Hamburg. Wer an die Pol-Route denkt, denkt an JAL. Denn bei JAL sind Sie kein Passagier. Sie sind der hochgeehrte Gast. Fragen Sie Ihr IATA-Flugreisebüro oder uns. Im Gemeinschaftsdienst mit Air France – Alitalia – Lufthansa mehrmals täglich nach Fernost.



JAPAN AIR LINES
die offizielle Fluggesellschaft zu der Expo '70



Berlin 30, Budapest Str. 26a, Tel. 13 13 74/75
Düsseldorf, Berliner Allee 33, Tel. 32 75 51
Frankfurt/M., Kaiserstraße 79, Tel. 23 00 56
Hamburg, Alstertor 14-16, Tel. 32 23 51-5
München, Promenadeplatz 3, Tel. 22 38 81
Wien I, Führichgasse 8, Tel. 52 89 82/3

JL 114

DEUTSCHLAND

und Promotion des Studenten zu entscheiden. Eine solche Bewertung sollte sich aus schriftlichen und mündlichen Prüfungen innerhalb der Kurse und aus umfassenden Prüfungen und Beurteilungen zusammensetzen, die im engen Kontakt zwischen Studenten und Professoren entstehen.

„Objektiv sind Soziologen unentbehrlich“

Von Helge Pross

Helge Pross, 42, ist seit 1965 Soziologie-Professorin an der Gießener Universität und war einst Assistentin am Frankfurter Institut für Sozialforschung.

Soziologie hat Zukunft. Zwar trifft es zu, daß der Kreis ihrer Jünger in den letzten Jahren zu rasch gewachsen ist, und sicher täte eine Konsolidierungsphase not, die aber nicht in einen Endzustand der wandlungslosen Ruhe münden dürfte. Das Fach braucht die Reform als Dauervorgang, der prinzipiell unabgeschlossen ist.



Helge Pross

Wichtig wäre vor allem die Reform der Studieninhalte und Studienformen. Dazu gehört das Angebot für neue Fächerkombinationen. Die in ihren empirischen Zweigen noch wesentlich theoretische Soziologie muß sich institutionell stärker mit den mehr praktischen Disziplinen verbinden, konkret: Soziologie und Grundzüge der Medizin, oder Soziologie und Teile der Jurisprudenz, oder Soziologie und Erziehungswissenschaft, oder Soziologie und Betriebswirtschaft.

Inneruniversitäre Veränderungen müssen Hand in Hand gehen mit solchen außerhalb der Universität. „Objektiv“ sind Soziologen unentbehrlich für die Reform der Großverwaltungen, des Rechtswesens, des Gesundheitswesens, der Schulen. Wer aber sorgt dafür, daß ihnen die entsprechenden Laufbahnen geöffnet werden?

Die Diskussion über Reformen innerhalb des Fachs konzentriert sich gegenwärtig einseitig auf die Erfordernisse der Lehre und der Berufstätigkeit. Darüber gerät die Forschung ins Hintertreffen. Die Bundesrepublik ist soziologisch noch weitgehend unerforscht. Nur ein Beispiel. Wir haben kaum gesicherte Kenntnisse über die heutige Familie. Solche Kenntnisse sind aber unerlässlich für eine vernünftige Reform etwa des Eherechts. Die Rationalisierung von Gesetzgebung und Verwaltung setzt wissenschaftliche Informationen über die soziale Wirklichkeit voraus. Solche Informationen sind rar. Damit Soziologie diesen berechtigten Ansprüchen an sie genügen kann, muß sie wieder nachdrücklicher Forschung sein.

Um die der Soziologie innewohnenden Möglichkeiten einer Mitarbeit an

der Rationalisierung der Institutionen besser zu verwirklichen (Rationalisierung begriffen als Abbau der nicht demokratisch legitimierbaren Herrschaftsformen), wäre es wichtig, manche wissenschaftliche Problemstellungen anders als heute zu akzentuieren.

Über der Abwehr naturalistischer Deutungen von sozialen Phänomenen und über der lebenswichtigen Gesellschaftskritik wurden von der soziologischen Forschung bisher andere Aufgaben vernachlässigt. Ich meine hier vor allem die Orientierung soziologischen Denkens an der demokratischen Reform. Soziologie erzieht zwar zu kritischer Wahrnehmung von Fakten. Bisher bildete sie aber die Phantasie für Reformen wenig aus. Hier durch theoretische Entwürfe an der Verbesserung praktischer Verhältnisse mitzuarbeiten, scheint mir ebenfalls eine Zukunftsaufgabe des Fachs zu sein.

„Empirismus im Stile der Herrenklubs“

Von Peter Brückner

Peter Brückner, 47, ist Professor für Psychologie an der Technischen Universität Hannover. Er hat sich in mehreren Veröffentlichungen kritisch mit der Situation dieser Hochschuldisziplin auseinandergesetzt und gilt als Verfechter einer „politischen Psychologie“ (Agnoll / Brückner: „Die Transformation der Demokratie“).

Die akademischen Lehrer der Psychologie beklagen die materielle Lage an ihren Instituten, die Studierenden Form und Inhalt ihrer Ausbildung, ein Minister beklagt, daß es zu viele Psychologen gibt, aber wer beklagt den Zustand dieser Wissenschaft selbst?

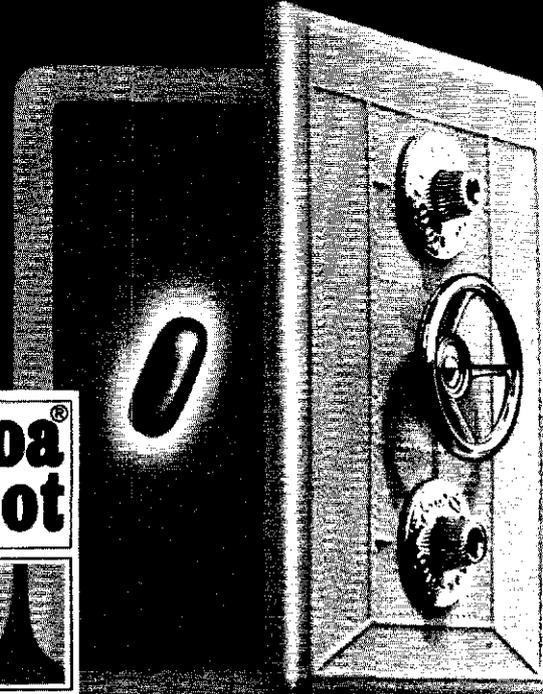
Von Sigmund Freud hätte sie zeitig lernen müssen, daß ein Zusammenhang besteht zwischen der Lebensgeschichte einzelner Individuen und dem, was sie einander geschichtlich antun; von Karl Marx, daß in den gewiß hochkomplexen Herrschaftskulturen „in letzter Instanz“ die ökonomischen Verhältnisse zwischenmenschliche Beziehungen sowohl prägen als ausbeuten und daß weder science, Naturgeschichte noch Theologie, Ganzheitspsychologie, Anthropologie und was es da mehr gibt, angemessene Einsichten in Bedingungen und Folge menschlichen Verhaltens eröffnen.



Brückner

Gewiß ist es unter den an Universitäten und Hochschulen herrschenden Zuständen schwer, Psychologie zu lehren oder zu lernen, aber was hier behindert wird, ist freilich die Vermittlung einer falschen Psychologie. Herr Holtkamp in Berlin, der für Arbeitsgruppen Exzerpte aus dem „Kapital“ anfertigt, unser Hannoversches Seminar, dessen Bibliothek die Marx-En-

In diesem Depot ist alles drin um mehr aus sich herauszuholen



gerigoa[®] depot

H3

Leistungsaktivator

für die besten Lebensjahre

um mehr zu leisten — um immer top-fit zu sein und alle Aufgaben des Alltags zu meistern.

Bei älteren Menschen stoppt Gerigoa übermäßigen Verschleiß an Kraft und Konzentration und wirkt vorzeitigen Alterserscheinungen entgegen. Jüngere Menschen werden leistungsfähiger und damit erfolgreicher.

Jedes Gerigoa Depot enthält eine kreislaufaktive Substanz (Buphenin), einen zellerneuernden Wirkstoff (Procaïn) sowie eine aufbauende Vitaminkombination.

Leisten Sie mehr — gewinnen Sie Anerkennung und Erfolg im Berufsleben und zu Hause.

Fragen Sie in Ihrer Apotheke nach Gerigoa — dem Leistungsdepot für die besten Lebensjahre.



Scheurich-Arzneimittel · Fortschritt aus Tradition

gels-Gesamtausgabe oder die Schriften Rosa Luxemburgs ebenso zum Fundament des Psychologiestudiums zählt wie die Sigmund Freuds, sind vorläufig noch seltene Ereignisse.

Ordinarien, die schizopren die Wissenschaftlichkeit ihrer Schüler mit Prüfungen messen, die nach ihren eigenen Untersuchungen über die Prüfungssituation den Kriterien von Wissenschaftlichkeit nicht genügen, nehmen uns in Ideologieverdacht, weil sie im Stile der Herrenklubs des logischen Empirismus über ihre eigene Position kaum noch theoretisch reflektieren.

Ein bißchen Fraternisierung mit den empirischen Sozialwissenschaften nützt wenig; sie verhilft höchstens zu jener Art kraftloser Beschreibung, wie sie, ins Journalistische übersetzt, der SPIEGEL in seiner Hochschul-Serie geleistet hat. Für die Hochschulreform wird damit nichts erreicht. Erreicht wird auch nichts mit der Bereitschaft einiger Ordinarien der Psychologie, ihre Seminarräte drittelparitätisch zu besetzen oder Empfehlungen auszuarbeiten, wie Studium und Berufspraxis, Lehre und Forschung optimiert werden könnten.

Solange die Disziplin ihre gegenwärtigen Theorierahmen nicht revolutionär aufsprengt und sich selbst in eine Gesellschaftstheorie einbringt — keiner also recht weiß, wo es hingehen soll —, gilt nach wie vor Friedrich Engels' kritische Sentenz: „... was jeder einzelne will, wird von jedem anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, was keiner gewollt hat“.

„Neue Impulse für Forschung und Lehre“

Von Klaus von Beyme

Klaus von Beyme, 34, Mitglied des Beirats der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, ist seit dem vergangenen Jahr Ordinarius für Wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen.

Die Kritik an der Politikwissenschaft bewegt sich in einem Circulus vitiosus: Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Absolventen dieses Faches einerseits zu allgemein und andererseits zu punktuell ausgebildet wurden, um mit Juristen und Volkswirten im Kampf um Posten in der Verwaltung gleichberechtigt in Wettbewerb treten zu können. Hier hilft nicht die von Politikern manchmal empfohlene Drosselung der Sozialwissenschaften, sondern nur der Ausbau des Faches und die Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit.

In den meisten Bundesländern stellen die späteren Sozialkunde- oder Gemeinschaftskundelehrer an den Schulen das Gros der Politikstudenten. In den Empfehlungen des Bildungsrates und in den Bildungsmodellen einzelner Parteien gehört die Politik zum Kern der obligatorischen Schulfächer, die einen steigenden Lehrbedarf anmelden werden.

Da Schul- und Hochschulreform nicht mehr isoliert gesehen werden können, werden von den Bedürfnissen der Schule her neue Impulse für Forschung und Lehre kommen, vor allem auf den vernachlässigten Gebieten der politischen Pädagogik und der politischen Psychologie. Eine Neuorientierung des Sozialkundeunterrichts — weg von der Indoktrinierung mit unreflektiert aus der Reeducation-Epoche überkommenen Demokratiewerten in Verbindung mit einem problemlosen Lernen über das bloße Funktionieren von Institutionen, hin zu einer Einbeziehung sozialer und ökonomischer Prozesse — kann auch die unerfreuliche Rivalität einzelner Sozialwissenschaften um das Monopol der Lehrerausbildung beenden helfen. Soziologie und Ökonomie werden verstärkt an der Ausbildung der Sozialkundelehrer mitwirken, die organisatorische (und langfristig gesehen hoffentlich auch räumliche) Integration der Sozialwissenschaften in sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Abteilungen wird den Prozeß beschleunigen.



Beyme

wissenschaftlichen Abteilungen wird den Prozeß beschleunigen.

Die Verbesserung der Mobilitätschancen für Politikwissenschaftler in Verwaltung und Schuldienst wird nichts daran ändern, daß eine gewisse Anzahl von Studenten sich nicht ganz in die beiden skizzierten funktionspezifischen Politikstudiengänge einzwängen läßt, auch wenn der Drang zur Professionalisierung des jungen Faches wächst. Die wachsende Zahl der Absolventen, die in Parteien und Verbänden, in Massenkommunikationsmitteln und in der politischen Bildung, in internationalen Organisationen und als Organisationspezialisten in vielen Funktionen von Wirtschaft und Politik (die ersten Politologen rückten unlängst an die Spitze deutscher Länder: Helmut Kohl und Klaus Schütz, oder an die Spitze wichtiger Länderressorts: Bernhard Vogel) tätig sind, brauchen andere Curricula als die Sozialkundelehrer.

Falls weitergehende Bildungsmodelle — etwa das vom SPIEGEL vorgestellte Baukastensystem Ernst von Weizsäckers — sich durchsetzen, kann die Politikwissenschaft als Teil einer großen Zahl von kombinierbaren Ausbildungsgängen (nach amerikanischem Vorbild) gelassen in die Zukunft sehen. Das wachsende Interesse an den Sozialwissenschaften in der Jugend — noch allzuoft als grassierende Mode abgetan — wird zur Sprengung vieler verkrusteter Studiengänge führen und in naher Zukunft sämtliche Modelle technokratischer Bedarfsplanung, die sich an einer überlebten Hierarchie der Wissenschaften und an wissenschaftlichen Bedarfsvorstellungen von gestern orientieren, rasch obsolet werden lassen.

„Prüfungen sind nicht Selbstzweck“

Von Günther Schweikle

Professor Günther Schweikle, 40, lehrt an der Stuttgarter Universität Ältere Deutsche Philologie. In seiner Antrittsvorlesung im Juni dieses Jahres („Wozu Ältere Germanistik?“) setzte er sich kritisch mit der wissenschaftlichen Situation seines Faches auseinander.

So begrüßenswert es ist, daß der SPIEGEL in einem weitgespannten Überblick einem breiteren Publikum die augenblicklichen Nöte und Bedrängnisse des Universitätsstudiums dargelegt hat, so ließen sich gegen die Ausführung im einzelnen doch un schwer mannigfache Bedenken vorbringen.

Anstelle einer Kritik der Kritik könnte es fruchtbarer sein, einige im Rahmen des „Stuttgarter Modells“ erprobte Neuerungen zur Diskussion zu stellen. In Stuttgart nämlich wird im Fach Germanistik das Konzept einer Gesamthochschule in etwa seit mehreren Semestern vorweggenommen. Die Germanistikstudenten der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg werden fachwissenschaftlich zusammen mit den Germanistikstudenten der Universität Stuttgart ausgebildet. Nur die erziehungswissenschaftlich-didaktische Ausbildung erfolgt an der PH. Diese Studenten brauchen sich praktisch erst nach dem fünften Semester für die Reallehrer- oder Gymnasiallehrerausbildung zu entscheiden.

Im Fach Linguistik wird seit einigen Semestern ein Kontaktstudium angeboten, das Fachleitern der Studien-seminare oder Lehrern die Möglichkeit bietet, sich mit diesem neuen Gebiet vertraut zu machen und den Anschluß an neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu wahren.

Prüfungen sind nicht Selbstzweck. Sie werden methodisch soweit wie möglich in die Ausbildung integriert. Sie schließen sich in einem genau umgrenzten Rahmen an Lehrveranstaltungen an. Es wird versucht, wiederum soweit wie möglich, sie von sachfremdem psychologischen Druck zu befreien; deshalb dürfen in sprachlichen Klausuren — entgegen traditionellen Gepflogenheiten — Wörterbücher und Grammatiken benutzt werden, bei literarhistorischen Themen Textausgaben.

Inwieweit die Forderung berechtigt ist, die fachwissenschaftliche Ausbildung müsse mehr „praxisorientiert“ sein, bedürfte erst einmal einer praxisnahen Analyse. Die Stoffauswahl etwa auf die — sicher überholungsbedürftigen — Lehrpläne an Gymnasien auszurichten, wäre kurzfristig. Das Stoffgebiet kann bei einem wissenschaftlich begründeten Studium nur



Schweikle

von den Notwendigkeiten des Faches her bestimmt sein. Die Befähigung zu eigener kritischer sachgerechter Arbeit schließt auch die kritische Reflexion des jeweiligen Fachgebietes ein.

„Es ist Zeit, Modelle zu entwickeln“

Von Dietrich Goldschmidt

Professor Dietrich Goldschmidt, 55, ist Direktor am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Im vergangenen Jahr verfaßte er für den Deutschen Bildungsrat ein Gutachten zur Reform des Studiums an Ingenieur-Akademien.

Für große Reformen ist eine „Realutopie“, eine Zielvorstellung nötig, der man Chancen der Verwirklichung geben kann. Eine solche Realutopie ist die Gesamthochschule, wie sie im SPIEGEL entworfen wurde. In der politischen Wirklichkeit besteht die Gefahr, daß unter öffentlichem Druck Gesamthochschul-Gesetze erlassen werden, die anstelle einer fachlichen und zugleich flexiblen Integration der verschiedenen Ausbildungsgänge nur neue große bürokratische Einheiten schaffen.

Eine Gesamthochschule, die mehr ist als nur eine überdimensionale Verwaltungseinheit, wird sich vor allem an den folgenden Grundsätzen orientieren müssen:

Neue Formen des Studiums („kompakte Einheiten“, Einsatz audio-visueller Mittel und ähnliches) lassen sich nur sinnvoll verwirklichen, wenn die Gegenstände des Studiums nach Ziel, Methode und Inhalt der einzelnen Fächer oder Fachkombinationen genauer bestimmt und den modernen Erfordernissen — gewiß nicht unkritisch — angepaßt werden.

Neuartige Lehr- und Arbeitsformen und moderne Arbeitsmittel mögen gewisse Änderungen, zum Teil auch Erleichterungen für viele Lehrpersonen mit sich bringen; doch wird eine intensive Nachwuchspflege für die Forschung und vor allem auch für die Lehre absolut zwingend.

Das Qualifikationsproblem — es wäre töricht, dies taktvoll zu verschweigen — stellt sich besonders bei der Integration der ehemaligen Ingenieurschulen und verwandten Akademien in die Gesamthochschule. Diese Anstalten müssen ihren traditionellen Schulbetrieb („Paukschule“) aufgeben und sich einer akademischen Arbeitsweise zuwenden.

Die Errichtung von Gesamthochschulen bedarf der regionalen Planung und vor allem eines sinnvollen Ausbaus zentraler Hochschuleinrichtungen. Daß die notwendige Verwirklichung der Utopie großzügige Finanzierung von Bauten und Ausstattung erfordern wird, darf man nicht verheimlichen.

Die geplante Integration verschiedener Anstalten und die geforderte Entwicklung neuartiger Studienformen und -abschlüsse mit neuen Curricula und neuen Zielen, neuen Übergangs- und Abschlußmöglichkeiten erfordert intensive Vorbereitung, Erforschung und Erprobung. So rasch wie irgend möglich müssen hochschuldidaktische Institute errichtet und zu Zentren und Impulsgebern für Innovationen und für eine Koordination des Lehrbetriebes gemacht werden.

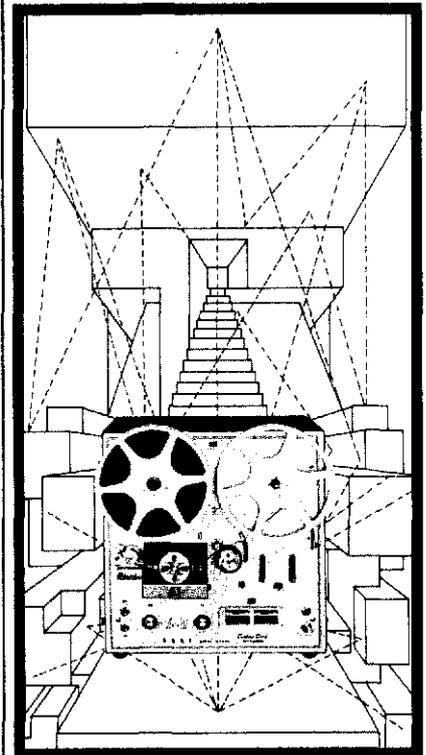
Die Gründung von Gesamthochschulen wird unter den Ländern abgestimmt und bundeseinheitlich geplant werden müssen. Einleitende Schritte und partielle Versuche sollten so rasch und so vielfältig wie möglich unternommen werden. Es ist an der Zeit, mehrere Reform-Modelle gleichzeitig zu entwickeln, um mit den Erfahrungen, die man bei diesen Versuchen gewinnt, eine allgemeine Reorganisation unseres Hochschulwesens zügig vorzunehmen. Mit überstürzten Gesamthochschul-Gesetzen wird allerdings niemand gedient sein.



Goldschmidt

Mit AKAI erleben Sie den Ton als ganzes Tongebäude.

Das schafft die Crossfield-Technik



Mit AKAI-Geräten fangen Sie den Ton so ein, wie Sie ihn hören und . . . „fühlen“. So, wie er im Raum steht. Wie er im Raum Resonanz entfaltet. Welche Schwingungen er dort erlebt. Durch die Crossfield-Technik empfinden Sie den Ton „greifbar“. Mit AKAI klingen Bandaufnahmen „live“. AKAI übertrifft die HiFi-Norm bei weitem bereits mit der wirtschaftlichen Laufgeschwindigkeit von 9,5 cm/s: 30–18 000 Hz ± 3 dB. Tests beweisen: diese Werte finden Sie nur bei AKAI. Diese HiFi-Raffineszen, Crossfield-Technik und höchste Laufpräzision bekommen Sie im AKAI X-150 D schon für 900 Mark*. Drei weitere Modelle. *Richtpreis + GEMA + MWST

AKAI®

Weltmarke der HiFi-Stereophonie



Studenten-Demonstration (in Düsseldorf): „Die Paukschule aufgeben“

Crossfield-Informationen
 Test-Berichte erbeten
 Händlernachweis senden
 Name und Adresse deutlich